

Hessen-Modell für ein rotgrünes Bündnis auf Bundesebene

In Hessen haben die SPD und die Grünen das erste rotgrüne Bündnis auf Landesebene in der Bundesrepublik Deutschland offiziell beschlossen. Damit ist in Hessen der erste Schritt zur Verwirklichung der von Willy Brandt formulierten Strategie, links von der Union eine Mehrheit zu bilden, getan. Schon vor der letzten Bundestagswahl hat der linke Flügel der SPD um Brandt, Eppler, Lafontaine u. a. die Weichen für ein rotgrünes Bündnis gestellt.

Willy Brandt am 27. September 1982 im SPD-Pressedienst:

„Es gibt keine ‚neue Mehrheit‘ für Kohl und den Genscher-Kurs. Was es gibt, das ist . . . eine Mehrheit diesseits der CDU/CSU. Diese gilt es, . . . neu zu formen.“

Und Erhard Eppler beschreibt im Oktober 1982 noch deutlicher, was das politische Ziel der SPD ist:

„Alle Realität drängt dazu, daß man eine ‚neue Mehrheit‘ links von der Union langsam sich bilden läßt. Das wird ganz mühsam sein. Aber das ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, das zu versuchen.“ (ARD-Sendung „Report“, 5. Oktober 1982, zitiert nach Kommentarübersicht des Bundespresseamtes)

Das Bündnis mit den Grünen soll der SPD nach dem Willen ihres linken Flügels wieder zur Regierungsmacht in Bonn verhelfen.

Was hat der Bürger von solch einer Zusammenarbeit zu erwarten?

Die Auswirkungen des rotgrünen Bündnisses sind aufgrund der bisher bekanntgewordenen Beschlüsse von SPD und Grünen erkennbar:

Diese SPD-Bündnispolitik gefährdet in Hessen mehr als 55 000 Arbeitsplätze und würde, übertragen auf die Bundesrepublik Deutschland, mindestens 500 000 Arbeitsplätze gefährden.

Dies ergibt sich aus folgenden Beschlüssen:

1. **Energiepolitik:** Die Kernkraftwerke Biblis C und Borken werden nicht gebaut. Das Investitionsvolumen der beiden Kernkraftwerke beträgt zusammen 8 Milliarden DM,

die Bauzeit jeweils fünf Jahre. Folge dieser Entscheidung ist, daß ca. 25 000 Arbeitsplätze pro Jahr für die Bauzeit wegfallen.

Der Anteil der preiswerten und umweltfreundlichen Kernenergie an der hessischen Stromerzeugung soll schrittweise auf Null reduziert werden. Der Standortsicherungsplan für Kernkraftwerke in Hessen soll aufgehoben werden, was nur bedeuten kann, daß SPD und Grüne letztlich keine Kernkraftwerke in Hessen mehr zulassen wollen.

Ob die bestehenden Blöcke A und B des Kernkraftwerks Biblis weiter in Betrieb bleiben, soll abhängig gemacht werden vom Gutachten des grünen Freiburger Ökoinstituts — eine Mißtrauenserklärung gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde der Landesregierung. Das Veto der grünen „Gegenexperten“ kann als sicher gelten.

2. Hoch- und Tiefbau: Zahlreiche Projekte beim Bau öffentlicher Einrichtungen und beim Straßenbau sind gestrichen worden. Der Haushalt 1983 ist nur unter dem Vorbehalt verabschiedet worden, daß der Haushaltsausschuß — eigentlich ein Gremium mit beratender Funktion — umstrittenen Projekten zustimmt. Auf diese Weise sind Mittel in Höhe von **972,8 Millionen DM blockiert**. Von der Zustimmung der Grünen im Haushaltsausschuß hängt es in Zukunft ab, ob die Gelder freigegeben und dadurch **15 000 bis 20 000 Arbeitsplätze** gesichert werden können.

Zwar ist richtig, daß die Qualität des Lebens sich nicht an der Länge asphaltierter Straßenkilometer messen läßt. Aber es ist auch richtig, daß der soziale Umweltschutz für den Menschen es erfordert, daß unsere Gemeinden und Dörfer befreit werden von Lärm, Abfall und Unfallgefahren.

3. Bundesbahnteilstrecke Kassel—Fulda: Über den Ausbau dieser Bundesbahnteilstrecke ist noch nicht endgültig entschieden. Obwohl die Bundesbahn ein anerkannt umweltfreundliches Verkehrs- und Transportmittel ist, wollen die Grünen der Fertigstellung der neuen Trasse nicht zustimmen. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel betragen 5,5 Milliarden DM. Für die geplante Bauzeit von 12 Jahren sind jährlich ca. 9 000 Arbeitsplätze gefährdet.

4. Bundesautobahnen und Bundesstraßen: Für den Ausbau von Bundesstraßen stellte der Bund dem Land Hessen 1983 Mittel in Höhe von 292,5 Millionen DM, für 1984 Mittel in Höhe von 279 Millionen zur Verfügung. Wenn diese Mittel nicht abgerufen und die vorgesehenen Projekte gestrichen werden, gehen weitere **5 000 bis 8 000 Arbeitsplätze verloren**.

5. Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen: Der Frankfurter Flughafen ist die wichtigste Drehscheibe des Flugfrachtverkehrs in der Bundesrepublik. Ein Nachtflugverbot würde auf lange Sicht nicht nur ca. 1 000 Arbeitsplätze direkt gefährden, sondern die wirtschaftliche Bedeutung dieses für die Bundesrepublik Deutschland wichtigsten Flughafens in Frage stellen.

6. Alternative Betriebe: Die Ausbildung von Jugendlichen in Betrieben, die „eine Alternative zum herrschenden Wirtschaftssystem entwickeln sollen“, wird gezielt gefördert.

Da die Grünen in Hessen diese alternative Ausbildung bewußt außerhalb des dualen Systems und ohne anerkannten Abschluß durchführen wollen, sind diese Jugendlichen in Hessen die Arbeitslosen von morgen.

Wichtigste Voraussetzung für den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist ein Klima, das zu Investitionen ermutigt. Das rotgrüne Bündnis in Hessen verhindert durch seine unternehmer- und investitionsfeindliche Politik die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die Arbeitslosigkeit kann nur abgebaut werden, und neue Arbeitsplätze können nur geschaffen werden, wenn die Wirtschaft wächst. Die Grünen wollen hingegen „Nullwachstum“.

Jedes Prozent Wachstum kann — grob gerechnet — ein Prozent zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Das rotgrüne Bündnis in Hessen gefährdet durch seine wachstumsfeindliche Politik — zusätzlich zu den genannten ca. 55 000 Arbeitsplätzen — weitere Zehntausende von Arbeitsplätzen.

Das Ergebnis ist eindeutig: Die Politik des rotgrünen Bündnisses in Hessen vernichtet Arbeitsplätze und schafft keine neuen. Ein solches Bündnis auf Bundesebene würde mindestens 500 000 Arbeitsplätze in Gefahr bringen.

Nicht nur der linke Flügel der SPD, sondern auch die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) — bisher der politisch maßvolle Kern der SPD — befürwortet in ihren jüngsten Beschlüssen die Verstaatlichung der Stahlindustrie und eine produktivitätsfeindliche „Maschinensteuer“. Im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Godesberger Grundsatzprogrammes der SPD wird von „gesteuerter Marktwirtschaft“ gesprochen. Mit dieser widersprüchlichen Begriffsschöpfung soll der Ausdruck Planwirtschaft vermieden werden.

Beschlüsse der SPD zur Wirtschaftspolitik

Folgende **Beschlüsse, die 1982 auf dem Parteitag in München verabschiedet** wurden, machen deutlich, daß die SPD auf eine Position zurückgefallen ist, die sie vor der Verabschiedung des Godesberger Programms bereits einmal eingenommen hatte:

- Die Unternehmen sollen einer umfassenden Meldepflicht für **Investitionsplanungen** unterzogen werden. dabei geht es insbesondere um ... eine sorgfältige Erfassung geplanter privater und öffentlicher Investitionen ...“

- Es soll ein **Bundesentwicklungsplan** aufgestellt werden. dabei geht es insbesondere um ... die Aufstellung eines Bundesentwicklungsplanes, der für die privaten Investitionen Orientierungsdaten und für die öffentlichen Investitionen verbindliche Richtgrößen festlegt ...“

- **Lenkungsaufgaben des Marktes sollen zentralen Räten übertragen werden.** „Durch paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene mit Informations-, Konsultations- und Initiativrechten ist den Arbeitnehmern ein verstärkter institutioneller Einfluß auf das Wirtschafts- und Sozialleben einzuräumen.“

Auch die Grünen wollen weg von der Marktwirtschaft und hin zur Steuerung der Wirtschaft durch sogenannte Wirtschafts- und Sozialräte, welche die Aktivitäten der Unter-

nehmungen kontrollieren sollen. Hier liegt die **programmatische Grundlage für die gesuchte neue Mehrheit links von der Union.**

Nicht die Arbeitnehmerinteressen, sondern das Zusammenspiel von Ökopazifisten und Sozialisten bestimmen die Politik der SPD. Diese fortschritts- und technologiefeindliche Politik der SPD in Zusammenarbeit mit den Grünen gefährdet die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als moderne Industrienation und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und unsere soziale Sicherheit.

Über das wirtschaftspolitische Bündnis der SPD mit den Grünen hinaus ist für die Bundesrepublik Deutschland außenpolitisch von besonderer Bedeutung, daß die Sozialdemokraten eine Mehrheit diesseits der Union mit einer Partei verwirklichen wollen, die innen- und außenpolitisch die Sicherheit unseres Landes gefährdet. Sozialdemokraten müssen es verantworten, wenn in der Bundesrepublik Deutschland, so wie jetzt in Hessen geplant, künftig Kommunisten oder Neonazis als Richter oder Lehrer tätig werden können.

Zur Gefährdung der inneren Sicherheit kommt die Gefährdung der äußeren Sicherheit. Die SPD will die Macht wiedererringen mit einem Partner, der unser Bündnis mit den westlichen Demokratien ablehnt und den Abzug der amerikanischen Truppen fordert, also den Abzug unserer Verbündeten, die uns vom Nationalsozialismus befreit und vor dem Kommunismus bewahrt haben.

Direkt betroffene Arbeitsplätze durch Großinvestitionen in Hessen

Projekt	Kosten/Bauzeit	Arbeitsplätze/Bauzeit pro Jahr
Kkw Biblis C	4,0 Mrd. DM	1984—88
Kkw Borken	4,5 Mrd. DM	1984—88
DB-Neubaustrecke	5,5 Mrd. DM	1982—93
Ernstbachtalsperre	500,0 Mio. DM	1983—86
Hoch- und Tiefbau	972,8 Mio. DM	1984
BAB und Bundesstraßen	292,5 Mio. DM	1983/84
Nachflugverbot		1 000